

In (Medien-)Vielfalt geeint?

Zur Transnationalisierung europäischer
Öffentlichkeit im Bereich der Außenpolitik in
Deutschland, Frankreich und Großbritannien

Laura-Theresa Jaspers

01/2013

Einleitung

I hope that [the European Security Strategy] is widely disseminated and read. I hope that it is discussed and debated, not only by public representatives and policy makers but also more widely.¹

Trotz Solanas hoffnungsvollen Aufrufes negiert die einschlägige Fachliteratur (bisher) die Existenz eines europaweiten Sicherheitsdiskurses: Die 2003 von der Europäischen Union angenommene Europäische Sicherheitsstrategie vermochte offensichtlich den politischen Eliten und der Bevölkerung keinen ausreichenden Impuls dahingehend zu geben, sich in umfassendem Maße über die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) auszutauschen.² Wie intensiv fiel die gewünschte Diskussion über das Strategiepapier aber tatsächlich aus?

Fast eine Dekade später stand die Union 2011 vor neuen außenpolitischen Herausforderungen. Der Arabische Frühling und vor allem die Krise in Libyen haben die Divergenzen der außenpolitischen Verhaltenspräferenzen klar herauskristallisiert. Die Europäische Sicherheitsstrategie hebt zwar die Notwendigkeit eines intensiveren Engagements im Mittelmeerraum hervor³, in der entscheidenden Stunde steht die Europäische Union jedoch gespalten da. Wie aber sieht die Situation außerhalb des Europäischen Rates aus, wird ein europäischer Dialog über Libyen als außenpolitisch akutes Thema geführt? Und: Sind in den beiden Fallbeispielen Anzeichen für eine transnationale europäische Öffentlichkeit erkennbar?

Die Debatte um die Existenz einer europäischen Öffentlichkeit

Nach Habermas, dessen Ausführungen die Debatte um die Existenz einer europäischen Öffentlichkeit weitgehend beeinflusst haben und weiter beeinflussen, lässt sich Öffentlichkeit „am ehesten als ein Netzwerk für die Kommunikation von Inhalten und Stellungnahmen, von *Meinungen* [Hervorh. i. Orig.] beschreiben“⁴. Habermas erklärt die bürgerliche Öffentlichkeit jedoch für in doppelter Krise befindlich: zum einen verliere die Öffentlichkeit ihren ursprünglichen Sinn, je mehr die Massenmedien ihre „Integrationskultur“ verbreiten:

Je mehr [die Öffentlichkeit] als Medium politischer und ökonomischer Beeinflussung eingesetzt werden kann, um so unpolitischer wird sie im ganzen und dem Schein nach privatisiert.⁵

¹ Solana, 2004, 19.

² Vgl. Sieg, 2005, 1.

³ Vgl. Council of the European Union, 2003b, 8.

⁴ Habermas, 1992, 436.

⁵ Habermas, 1990, 267.

Einen weiteren Krisenherd befeuert die sich fortsetzende Ausbreitung des Internets. Zwar erkennt Habermas ihre „subversive Wirkung auf autoritäre Öffentlichkeitsregime“⁶ bereits 2008 an, noch bevor sich der Arabische Frühling maßgeblich virtueller Räume zur politischen Willensäußerung bedient. Er mahnt jedoch auch, dass durch unzählige Foren, Blogs und andere Meinungsplattformen die ursprüngliche Bündelungsfunktion der Öffentlichkeit, mit deren Hilfe „sich die Bürger zur gleichen Zeit mit denselben kritisch gefilterten Themen und Beiträgen befassen können“⁷ mehr und mehr verloren gehe.⁸

Die Diskussion um die kontroverse Frage nach einer europäischen Öffentlichkeit ist gleichermaßen von Pessimismus und Optimismus durchzogen. Die der europäischen Öffentlichkeit von Koopmans und Erbe zugeschriebenen Funktionen machen die Vehemenz vieler Forderungen nach einer europäischen Öffentlichkeit nachvollziehbar: zum einen diene die Öffentlichkeit als Forum zur Diskussion von europäischen Institutionen und Akteuren (*legitimation*), darüber hinaus hingen ebenjene Akteure von der Öffentlichkeit ab, um sich ein Bild der Bürgerbedürfnisse zu machen (*responsiveness*). Außerdem bildeten sich die Europäer als Wähler ein Bild ihrer Vertreter (*accountability*) und schließlich könnten die Bürger auch nur dann an Europapolitik teilnehmen, wenn sie über Nichtregierungsorganisationen oder Vereine medial sichtbar sind (*participation*).⁹

Mit der sich intensivierenden politischen und wirtschaftlichen Integration im Europa der späten 1980er Jahren und der daraus resultierenden Frage nach politischer Legitimation ging eine verstärkte wissenschaftliche Auseinandersetzung mit dem Thema der europäischen Öffentlichkeit einher.¹⁰ Was den Begriff der europäischen Öffentlichkeit anbelangt, sind zunächst zwei unterschiedliche Konzepte zu trennen: während von einigen Autoren das Entstehen von genuin paneuropäischen Medien postuliert wird, gehen andere von der Europäisierung bestehender nationaler Öffentlichkeiten aus. Nach Esser lassen sich die verschiedenen Ansätze wie im Folgenden vorgestellt in drei Strömungen unterteilen.¹¹ Diese sollen mithilfe von ausgewählten Vertretern und deren Forschungsergebnissen sowie relevanten Kritikpunkten präsentiert werden.

⁶ Ebd., 81.

⁷ Ebd., 82.

⁸ Inwiefern auch die europäische Öffentlichkeit einer Stagnation oder gewissermaßen einer Krise unterlegen ist, legt Eder anschaulich dar, Eder, 2003, 95ff.

⁹ Vgl. Koopmans / Erbe, 2004, 98.

¹⁰ Vgl. Tobler, 2010, 60.

¹¹ Vgl. Esser, 2005, 17ff.

Liberale Ansätze: Öffentlichkeit als politische Kommunikation

Aus liberaler Perspektive vermittelt die Öffentlichkeit zwischen den Bürgern und dem Staat. Öffentlichkeit wird also insofern mit politischer Kommunikation gleichgesetzt, dass demokratische Entscheidungen nur durch den Willen der Bürger legitimiert sind und daher ihre gewählten Repräsentanten sowie weitere Kandidaten über ihre jeweiligen Positionen Rechenschaft ablegen bzw. diese erklären müssen.¹²

Dem ‚liberale[n] Widerspiegelungsmodell‘ zufolge hat die Öffentlichkeit sowohl eine Abbildungs-, als auch eine Kontrollfunktion.¹³ Sie bietet den Bürgern die Möglichkeit, sich über Politik und Weltgeschehen zu informieren, um gegebenenfalls bei der nächsten Wahl ihre Wahlentscheidung revidieren zu können. Die dabei für die Bürger wichtigste Informationsquelle sind die Massenmedien.¹⁴ Prinzipiell sollten alle Bürger an der Öffentlichkeit teilnehmen können, jedoch wird kein Konsens, sondern vielmehr ein Meinungsabbild erstrebt. Entscheidungen werden dann mithilfe demokratischer Mehrheiten getroffen.¹⁵ Darüber hinaus beeinflussen moderne Medien aber auch die Wirklichkeit und modifizieren sie. Somit können die von den Medien vertretenen Positionen durchaus von denen der Bürger abweichen –nach liberalem Verständnis sind sie also nicht immer legitim.¹⁶

Christoph Meyer verschreibt sich in seiner Untersuchung der politischen Kommunikation der Europäischen Kommission im Vorfeld des Rücktritts der Santer-Kommission 1999 dem liberalen Ansatz. Er sieht die politische Kommunikation als Aufgabe der Massenmedien:

While politicians rely on the media to gather support and acceptance, the media rely on politicians for news material. Both the political and the media systems are caught in a highly interdependent and tense relationship, which means that the prospects for legitimating public debate depend on the performance of both systems.¹⁷

Meyer kommt zu dem Ergebnis, dass die aufgrund institutioneller Defizite mangelnde politische Kommunikation seitens der Kommission zu der Skandalisierung beigetragen hat und intensive Bemühungen zu deren Verbesserung nötig sind. Jürgen Gerhards seinerseits zieht in seiner von Brüggemann et al. als „Pionierstudie zur Europäisierung nationaler Öffentlichkeiten“¹⁸ bezeichneten Arbeit die Schlussfolgerung, dass die europäische Öffentlichkeit der poli-

¹² Vgl. ebd.

¹³ Ebd.

¹⁴ Vgl. Gerhards, 2000, 287.

¹⁵ Vgl. Esser, 2005, 19.

¹⁶ Vgl. ebd.

¹⁷ Meyer, 1999, 621.

¹⁸ Brüggemann et al., 2007, 310.

tischen und wirtschaftlichen Integration der Union hinterherhinke, und leitet daraus eine fehlende demokratische Kontrolle der Europäischen Union durch die Öffentlichkeit ab.¹⁹

Als ein wesentlicher Kritikpunkt wirft Esser dem liberalen Ansatz der Öffentlichkeitsforschung konzeptionellen Reduktionismus vor:

Die Reduzierung von Öffentlichkeit auf die Abbildung politischer Vorgänge, Transparenz als alleiniger Anspruch an Öffentlichkeit, das Suchen an der institutionellen Oberfläche, [...] wird der Bedeutung demokratischer Prozesse und der kulturell-prozesshaften ‚Tiefe‘ des Vorgangs öffentlicher Kommunikation nicht gerecht.²⁰

Pessimistische Ansätze: keine europäische Öffentlichkeit ohne europäische Medien

Zur Gruppe der Wissenschaftler, die das Entstehen einer europäischen Öffentlichkeit skeptisch bewertet haben, gehören u.a. Dieter Grimm, Fritz W. Scharpf oder Graf Peter Kielmansegg. Letzterer hinterfragt, ob die Europäische Union überhaupt demokratiefähig sein kann, schließlich gründe eine Demokratie, wie schon der Begriff verdeutliche, auf ein Volk, also ein sich als solches definierendes kollektives Subjekt.²¹ Für Europa bzw. die Europäische Union schließt Kielmansegg eine solche kollektive Identität aus, da Europa sich sehr langsam und nicht unbedingt gemäß den jeweils herrschenden politischen Bedürfnissen geformt habe.²² Eine „Pluralität der Kommunikations-, Erinnerungs- und Erfahrungsgemeinschaften als ein europäisches Grunddatum“²³ verhindert nach Kielmansegg die Entwicklung einer gemeinsamen Identität. Der europäische Multilinguismus behindere die kommunikative Dimension, jede Nation erinnere die Geschichte aus ihrer eigenen identitären Perspektive und zwar möge der Ost-West-Konflikt als gemeinsame Erfahrung anzuführen sein, jedoch bedeute dies nicht, dass von den jüngsten zwei Generationen in Europa als von einer Erinnerungsgemeinschaft gesprochen werden könne.²⁴ Das somit konstatierte Fehlen einer identitären Gemeinschaft hat Auswirkungen auf die „gesellschaftliche Infrastruktur der Demokratie“²⁵. Gerade die gemeinsame Öffentlichkeit sei essentiell wichtig, da sie den öffentlichen politischen Diskurs trage, die Politik zu einer Sache aller erhebe und somit erst wahrlich demokratisch mache.²⁶ Dem

¹⁹ Vgl. Gerhards, 2000, 299.

²⁰ Vgl. Esser, 2005, 23.

²¹ Vgl. Kielmansegg, 2003, 56.

²² Vgl. ebd., 58.

²³ Ebd., 60.

²⁴ Muschg hingegen bezeichnet die Erinnerungs- und Erfahrungsgemeinschaft in Europa als „fraglos“, vgl. Muschg, 2003. Auch Eder berichtet über die europäische Erinnerungsgemeinschaft, die zumindest im Bestehen begriffen ist, vgl. Eder 2003, 111f.

²⁵ Kielmansegg, 2003, 60.

²⁶ Vgl. ebd.

Entstehen eines europäischen Diskurses mit europäischen Medien, vor und von einem europäischen Publikum, steht Kielmansegg jedoch skeptisch gegenüber.

Andere Autoren der pessimistischen Denkrichtung definieren ein transnationales Mediensystem explizit als wesentliche Voraussetzung für eine europäische Öffentlichkeit:

Prospects for Europeanisation of the communication system are absolutely non-existent. A Europeanised communications system ought not to be confused with increased reporting on European topics in national media. [...] Europeanisation in the communications sector would by contrast mean that there would be newspapers and periodicals, radio and television programmes, offered and demanded on a European market and thus creating a nation-transcending communicative context.²⁷

Als ein zentrales Hindernis verweisen sie auf die sprachliche Diversität, die von einer bloßen Übersetzung nicht überbrückt werden könne, schließlich würden mit der Sprache auch Ideen und Weltanschauungen transportiert. Diesem Argument wurde bereits mit dem Verweis begegnet, dass misslingende Kommunikation weniger sprachlicher Verschiedenheit geschuldet sei, sondern vielmehr der Unsagbarkeit gewisser Erfahrungen und Taten entspringe.²⁸ Zudem hat Anke Tresch in ihrer Studie zur Berichterstattung zum Thema Europa in der Schweizer Qualitätspresse eine zeitgleiche Berichterstattung zur Europadebatte, jedoch keine Segmentierung entlang der Sprachgrenze nachweisen können.²⁹ Trotz vermeintlich unterschiedlicher Positionen der jeweiligen regionalen Volksvertreter wird den verschiedensprachigen Bevölkerungsgruppen demnach ein recht homogener Eindruck über die öffentliche Europadebatte vermittelt.³⁰

Auch die zuweilen von den Pessimisten angeführten technischen Probleme dürften in einer zunehmend internetbasierten Gesellschaft immer geringere Bedeutung haben.³¹

Die Berliner Post-Habermasianer: Öffentlichkeit als zeitlich parallele Berichterstattung

Wie das liberale Denkmodell geht die post-habermasianische Berliner Schule von der grundsätzlich möglichen Existenz einer europäischen Öffentlichkeit aus, verlangt von dieser aber keine Repräsentativität, sondern konzentriert sich mehr auf deren reine Existenz und ihren Entstehungsprozess.³²

²⁷ Grimm, 1995, 294f. Eine anschauliche Darstellung der Idee eines paneuropäischen Mediensystems bietet Steeg, 2002, 501.

²⁸ Vgl. Eder, 2003, 116.

²⁹ Vgl. Tresch, 2007, 166.

³⁰ Vgl. ebd., 267.

³¹ Hier sei exemplarisch auf Initiativen wie das 2001 gegründete, der mehrsprachigen transnationalen Berichterstattung gewidmete Online-Europamagazin *Café Babel* hingewiesen.

³² Vgl. Esser, 2005, 28.

Nach Habermas existiert Öffentlichkeit in der Form eines „umbauten Raumes“³³, einer Arena, eines Forums, welches eine „intermediäre Struktur“³⁴ zwischen dem politischen System und der privaten Lebenswelt bildet. Erfolgreiche öffentliche Kommunikation innerhalb einer Zivilgesellschaft zeichnet sich durch das Zustandekommen einer „qualifizierten öffentlichen Meinung“³⁵ aus, die sich auch mit progressiven Diskursen auseinandergesetzt hat.

Habermas postuliert als Antwort auf Kielmansegg und andere, dass Sprache allein keineswegs ein Hemmnis für eine europäische Öffentlichkeit sei. Er definiert diese vielmehr als „ein[en] auf die relevanten Fragen spezialisierten, über nationale Grenzen hinausgreifende[n] Kommunikationszusammenhang [...]“³⁶ Nicht die linguistische Einstimmigkeit sei entscheidend, sondern vielmehr, dass europäische Entscheidungsprozesse auf der Ebene der nationalen Öffentlichkeiten hervorgehoben und zugänglich gemacht würden. Auch bedürfe es keiner übergeordneten europäischen Öffentlichkeit, vielmehr sei diese im Rahmen der bereits bestehenden nationalen Systeme zu etablieren.³⁷

In Abgrenzung zu der Habermas'schen Forderung des Erreichens einer dezidierten öffentlichen Meinung geht die Berliner Schule um Klaus Eder davon aus, dass Öffentlichkeit bereits dann besteht, wenn Themen als gemeinsame Themen gleichzeitig und unter ähnlichen Relevanzkriterien diskutiert werden, ohne dass dieser Prozess zu einer dezidierten, einheitlichen Meinung führen muss.³⁸ Eder hebt zudem hervor, dass eine europäische Öffentlichkeit sich nicht auf einen Elitendiskurs beschränken darf:

Die institutionelle Besonderheit europäischer Öffentlichkeit liegt also in der Hereinnahme populärer Öffentlichkeit in die sich formierende elitäre Öffentlichkeit.³⁹

Einschlägige post-habermasianische Studien zur europäischen Öffentlichkeit

Trotz des mancherorts geäußerten Kritikpunktes der fehlenden Empirie⁴⁰ hat der Öffentlichkeitsansatz der post-habermasianischen Schule bereits eine Vielzahl von Studien hervorgebracht.

Marianne van de Steeg untersucht beispielsweise, wie politische Meinungsbildung auf europäischem Niveau funktioniert, und nimmt an, dass Massenmedien als ein Forum dafür dienen.

³³ Habermas, 1992, 437.

³⁴ Ebd., 451.

³⁵ Ebd., 438.

³⁶ Vgl. Habermas, 2008, 106.

³⁷ Vgl. ebd., 108.

³⁸ Vgl. Esser, 2005, 29. Weitere Überlegungen zu notwendigen Kriterien betonen z.B. die Bedeutung der jeweiligen Rubrik, in der Artikel zum Thema Europäische Union erscheinen, vgl. Pausch, 2008, 134.

³⁹ Eder, 2003, 101.

⁴⁰ Vgl. z.B. Koopmans / Erbe, 2004, 98.

Sie analysiert den öffentlichen Diskurs über die Osterweiterung der Europäischen Union in vier Wochenmagazinen in Spanien, Deutschland, Großbritannien und den Niederlanden. Mittels einer qualitativen Inhaltsanalyse über den Zeitraum 1989 bis 1998 eruiert Steeg, wo sich der öffentliche Diskurs überschneidet, und wertet diese Kongruenzen als Teilnahme der jeweiligen Medien am europäischen öffentlichen Raum. Ihre Ergebnisse variieren stark: Der deutsche Spiegel und der britische New Statesman spiegeln eher eine rein nationale Öffentlichkeit wider, während das spanische Magazin Cambio 16 zwar Übersetzungen ausländischer Medienberichte abdruckt, jedoch keinen wirklichen Vergleich zwischen den verschiedenen Positionen anbietet. Allein das niederländische Wochenblatt Elsevier verschreibt sich nach Steegs Analyse Kriterien einer europäischen Öffentlichkeit. Andererseits stellt die Autorin fest, dass in allen vier Magazinen zeitgleich über ein Thema mit ähnlicher Relevanz berichtet wird.⁴¹

Klaus Eder und Cathleen Kantner weisen in ihrer Studie anhand von drei punktuellen Fallbeispielen europäischer politischer Kommunikation nach, inwiefern bereits transnational, also unter Einbeziehung und Diskussion der Positionen anderer Mitgliedstaaten der Europäischen Union, über europäische Themen berichtet und diskutiert wird.⁴² Ihre Untersuchungen verweisen auf länderübergreifende Akteure und Zusammenschlüsse hin, die sich in die Diskussion einschalten.⁴³ Nationale Grenzen überspannende öffentliche Kommunikation in Europa gibt es nach den Autoren bereits in Bezug auf verschiedene Themen.⁴⁴

In Anlehnung an Habermas analysiert Sebastian Esser die nationalen Diskurse zur Debatte um eine mögliche Verfassung für die Europäische Union in Deutschland, Frankreich und Großbritannien über einen Analysezeitraum von Mai bis Dezember 2000.⁴⁵ Er konstatiert einerseits ein auffälliges Bemühen, die Reaktionen in anderen Ländern zu erklären, zu verstehen und Verständigung möglich zu machen, vor allem in Deutschland und Frankreich.⁴⁶ Andererseits haben sich, so Esser, keine transnationalen Lager herausgebildet, es fehle eine gemeinsame öffentliche Arena, obgleich die Grundtendenzen der Diskurse relativ ähnlich seien, was zumindest auf eine Meinungsabstimmung hindeute.⁴⁷ Kontrastierend dazu wird die Debatte allerdings in allen Ländern als eine europaweite wahrgenommen. Zusammenfassend stuft Esser

⁴¹ Genauer zu Steegs Methodik und ihren Ergebnissen vgl. Steeg, 2002, 512ff.

⁴² Vgl. Eder / Kantner, 2000, 318ff.

⁴³ Vgl. ebd., 321.

⁴⁴ Ebd., 322f.

⁴⁵ Esser führt seine Inhaltsanalyse an jeweils zwei nationalen Tageszeitungen durch, vgl. Esser, 2005, 58f.

⁴⁶ Vgl. Esser, 2005, 110f.

⁴⁷ Vgl. ebd., 112 und 117.

die Debatte um eine Verfassung für die Europäische Union als „Vorstufe einer im Entstehen befindlichen europäischen Öffentlichkeit“⁴⁸ ein.

Hans-Jörg Trenz untersucht in einer Inhaltsanalyse die Berichterstattung von zwölf europäischen Zeitungen zur Zukunft der Europäischen Union. Er konzentriert sich dabei auf Kommentare ebenfalls aus der Zeitspanne von Mai bis Dezember 2000. Zusammenfassend kann Trenz keine klaren Abgrenzungen der jeweiligen nationalen Haltung erkennen, sondern stuft den Blick der Journalisten vielmehr als „taken through a pair of European glasses“⁴⁹ ein.

Mit der deutschen medialen Berichterstattung in sieben verschiedenen Politikfeldern befasst sich die Studie von Ruud Koopmans und Jessica Erbe. Auf der Basis eines Samples aus dem Jahr 2000 fokussieren die Autoren politische Stellungnahmen von Einzelakteuren, also Regierungsmitgliedern, sozialen Akteuren oder Individuen, in vier großen Tageszeitungen. Die Analyse stützt sich bewusst auf nicht-mediale Akteure wie Politiker, Interessengruppen oder Nichtregierungsorganisationen, da, so die Autoren, diese anders als z.B. Journalisten nicht auf den Rückgriff auf die Gesprächsakte anderer angewiesen sind.⁵⁰ Der Europäisierungsgrad der Öffentlichkeit ist laut ihrer Studie stark vom Politikfeld abhängig: Über europäische Integration und über den noch jungen Euro findet sich ein breites Meinungsbild in den Medien, wohingegen über Immigration und Landwirtschaft stärker national diskutiert wird.⁵¹

Michael Brüggemann et al. untersuchen ihrerseits in einer quantitativen Inhaltsanalyse die Europäisierung nationaler Medienöffentlichkeiten anhand der politischen Diskurse in fünf Mitgliedstaaten der Europäischen Union (Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Österreich und Dänemark) im Zeitraum von 1982 bis 2003.⁵² Sie betrachten dafür themenübergreifend ausschließlich Meinungsbeiträge je einer Qualitätszeitung pro Land, um den öffentlichen Diskurs nachzeichnen zu können. Zusammenfassend konstatieren sie eine wachsende Sichtbarkeit der Institutionen der Europäischen Union in der Medienberichterstattung. Klare Transnationalisierungstrends kann die Studie jedoch nicht belegen, weshalb die Autoren eine „segmentierte Europäisierung“ diagnostizieren.⁵³

⁴⁸ Vgl. ebd., 123.

⁴⁹ Trenz, 2007, 107.

⁵⁰ Vgl. Koopmans / Erbe, 2004, 106.

⁵¹ Vgl. ebd., 115.

⁵² Diese Analyse geschieht entlang von vier Dimensionen (Regieren unter öffentlicher Beobachtung, gegenseitige Beobachtung, diskursiver Austausch, kollektive Identität), von denen diese Arbeit die ersten zwei aufgreift. Pro Zeitung und Jahr wählten die Wissenschaftler je zwei konstruierte Wochen aus und bezogen auch die USA in ihre Analyse mit ein; genauer dazu vgl. Brüggemann et al., 2007, 300f. und 306f. Anders als Brüggemann et al. untersucht die vorliegende Studie aber nicht europäische Diskurse anhand von Zeitungskommentaren, sondern Sachartikel.

⁵³ Brüggemann et al., 2007, 319.

Myra Poluschny fasst mittels einer Metaanalyse Studien anderer Autoren zu Themen der Medienöffentlichkeit in verschiedenen Mitgliedstaaten der Europäischen Union zusammen und ergänzt sie durch eine eigene Analyse der Berichterstattung verschiedener überregionaler deutscher Medien zum Vertrag von Lissabon im Dezember 2007.⁵⁴ Das Analysematerial stammt aus Fernsehberichterstattungen oder der Qualitätspresse. Insgesamt stellt Posluschny eine zeitgleiche „ereignisorientierte thematisch übereinstimmende Berichterstattung über europäische Nachrichten“⁵⁵ fest, wenn auch eher in Bezug auf punktuelle Ereignisse; Aussagen über eine etwaige alltägliche parallele Berichterstattung kann sie nicht treffen.

Diese Zusammenfassung macht deutlich, dass einige Studien bereits positive Ergebnisse zutage gefördert haben, diese jedoch allenfalls als politikfeldabhängige „Vorstufe“ einer europäischen Öffentlichkeit eingestuft werden.

Erweiterung des post-habermasianischen Ansatzes: Öffentlichkeit als vernetzte Berichterstattung

Obgleich Habermas und Derrida die Massenproteste gegen eine europäische Beteiligung im Irak-Krieg in vielen Teilen Europas rückblickend als ein „Signal für die Geburt einer europäischen Öffentlichkeit“⁵⁶ werten, konstatiert Habermas einige Jahre später, dass es (bislang) noch keine solche gebe.⁵⁷ Um dies zu ändern, schlägt er im Sinne einer Transnationalisierung der Medienlandschaft vor, die ohnehin kriselnde Qualitätspresse möge sich der Aufgabe annehmen, nicht bloß über europäische Themen, sondern auch über die Diskussionen und Positionen, die diese in anderen Mitgliedstaaten hervorrufen, zu berichten.⁵⁸ Dieser Vorschlag wird von der Autorin aufgegriffen. Theoretisch basieren die hier vorgestellten Fallstudien auf dem post-habermasianischen Berliner Ansatz, erweitern dessen Verständnis von europäischer Öffentlichkeit jedoch um die Vernetzung der Berichterstattung: Das bloße Berichten über das gleiche Thema zur gleichen Zeit mit ähnlicher Relevanz belegt schließlich nur eine „europäbezogene Öffentlichkeit“⁵⁹. Daher wird die Existenz einer europäischen Öffentlichkeit hier in Anlehnung an Kalina und an Habermas' eigene Erweiterung an ein vernetztes Berichten über Realität und Debatte in anderen Mitgliedstaaten der Europäischen Union geknüpft.⁶⁰ Die Wiedergabe eines öffentlichen Diskurses, der sich nicht bloß auf den Elitendiskurs beschränkt

⁵⁴ Vgl. Posluschny, 2010, 79.

⁵⁵ Ebd., 77.

⁵⁶ Habermas / Derrida, 2003.

⁵⁷ Habermas, 2008, 91.

⁵⁸ Vgl. ebd., 191.

⁵⁹ Kalina, 2009, 281ff.

⁶⁰ Vgl. ebd., 287; vgl. Habermas, 2008, 191.

wird nicht als notwendig zu erfüllendes Kriterium angenommen, findet jedoch in der Auswertung der Analyseergebnisse Niederschlag.

Die europäische Öffentlichkeit zur Sicherheits- und Außenpolitik – eine Kontingenzanalyse

Mit einem Fokus auf der europäischen Teilöffentlichkeit zur Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union wird in der folgenden empirischen Analyse eine qualitative Inhaltsanalyse vorgenommen.⁶¹ In Anlehnung an Habermas' Vorschlag wird im Rahmen einer Kontingenzanalyse in zwei relativ kurzen Zeiträumen untersucht, wie verschiedene Tageszeitungen über europäische Themen berichten.⁶² Die angewandten Kontingenzmerkmale sind (a) die Berichterstattung über einen Aspekt der Außenpolitik der Europäischen Union allgemein, sowie (b) die Bezugnahme auf die politischen Diskurse anderer Mitgliedstaaten zum gleichen Thema. Das angewandte Kategorienschema ist in vereinfachter Form in Abbildung 1 dargestellt.

Die zwei Fallstudien zur Berichterstattung über die Europäische Sicherheitsstrategie 2003 sowie zur anfänglichen Berichterstattung über die Libyen-Krise 2011 bestehen aus 12 bzw. 59 Sachartikeln. Die Fallstudie zu Libyen erstreckt sich vom 2. März 2011, als der Ratsbeschluss vom 28. Februar implementiert wurde, bis zum 4. April 2011, wenige Tage nach dem Ratsbeschluss der Bereitstellung einer EUFOR Libya.⁶³ Dabei fand eine Begrenzung auf Sachartikel unter Ausschluss von Meinungsartikeln oder Kommentaren statt, um ausschließlich die von der Redaktion verfassten Beiträge und somit den Beitrag der Zeitung an sich zu untersuchen. Zur Analyse ausgewählt wurden alle informativen Artikel, die entweder hauptsächlich über die ESVP bzw. die Außenbeziehungen der Europäischen Union berichten oder diese Thematik zumindest nebensächlich behandeln.

⁶¹ Zum Konzept der sektoralen Teilöffentlichkeit vgl. Trenz, 2002, 32ff.

⁶² Die methodische Vorgehensweise orientiert sich an Kromrey, 2009, 313ff.

⁶³ Vgl. Council of the European Union, 2011a, 1; vgl. Council of the European Union, 2012d, 1.

Kontingenzmerkmal a Thematisierung der ESVP				
<i>Kategorie I</i> Titel		<i>Kategorie II</i> Sichtbarkeit der EU-Institutionen		<i>Kategorie III</i> Stellenwert der EU-Politik
<u>Indikator 1</u> Erwähnung im Titel		<u>Indikator 2</u> Erwähnung von ESVP-Institutionen, -Politiken, -Dokumenten oder -Amtsträgern		<u>Indikator 3</u> EU-Politik als Hauptthema des Artikels
Kontingenzmerkmal b Gegenseitige Beobachtung				
<i>Kategorie IV</i> Darstellung der Positionen anderer europäischer Länder			<i>Kategorie V</i> Gegenüberstellung der Positionen	
<u>Indikator 4</u> Bezugnahmen auf im Ausland erschiene Medienberichte	<u>Indikator 5</u> Stellungnahmen ausländischer Experten	<u>Indikator 6</u> Darstellung allgemeiner ausländischer Positionen	<u>Indikator 7</u> Vergleiche der verschiedenen Positionen	<u>Indikator 8</u> Erkennen länderübergreifender Lager

Abbildung 1: Vereinfachte Darstellung des der empirischen Analyse zugrunde liegenden Kategorienschemas (grob angelehnt an Brüggemann et al., 2007, 304).

Der Analysefokus liegt auf der Berichterstattung in den ‚Großen Drei‘ Deutschland, Frankreich und Großbritannien. Als Repräsentanten der Qualitätspresse wurden die Frankfurter Allgemeine Zeitung und die Süddeutsche Zeitung für Deutschland, Le Monde für Frankreich und The Times für Großbritannien ausgewählt. Inwiefern es empirisch vertretbar ist, im Rahmen einer ersten Analyse jeweils nur eine Qualitätszeitung für ein Land (im vorliegenden Fall für Frankreich und Großbritannien) zu fokussieren, wird durch den Rückgriff auf zwei deutsche Qualitätszeitungen und einen dadurch ermöglichten innerdeutschen Vergleich untersucht. Hierbei sei jedoch bereits auf Brüggemann et al. hingewiesen, die in einer Vorstudie beobachtet haben, dass beispielsweise zwischen der Berichterstattung von The Times und The Guardian eher geringe und nicht signifikante Unterschiede zu beobachten waren.⁶⁴ Bei der Analyse wird das quantitative Ungleichgewicht in der Repräsentation der jeweiligen Landespresse mithilfe eines mathematischen Mittelwertes ausgeglichen.

Fallstudie I: Die mediale Berichterstattung zur Europäischen Sicherheitsstrategie 2003

Das Sample I zur Analyse der Berichterstattung zur Europäischen Sicherheitsstrategie vom 12. bis 18. Dezember 2003 umfasst zwölf Zeitungsartikel (drei aus Le Monde, einen aus der Times, drei aus der Süddeutschen Zeitung und fünf aus der Frankfurter Allgemeinen Zeitung).

⁶⁴ Vgl. Brüggemann et al., 2007, 307.

In etwa drei Vierteln der Artikel waren die Europäische Union bzw. die ESVP Hauptthema und in gut 80% wurde dies bereits durch den Titel deutlich. Überraschend mag die dichte Präsenz von europäischen Institutionen, Politiken und Vertretern erscheinen: 91% der Artikel nehmen Bezug auf europäische Institutionen (genauer vgl. Abbildung 2). Auffällig ist, dass der einzige in dem fragten Zeitraum erschienene englischsprachige Zeitungsartikel gleichsam als einziger keine Institutionen der Europäischen Union erwähnt.

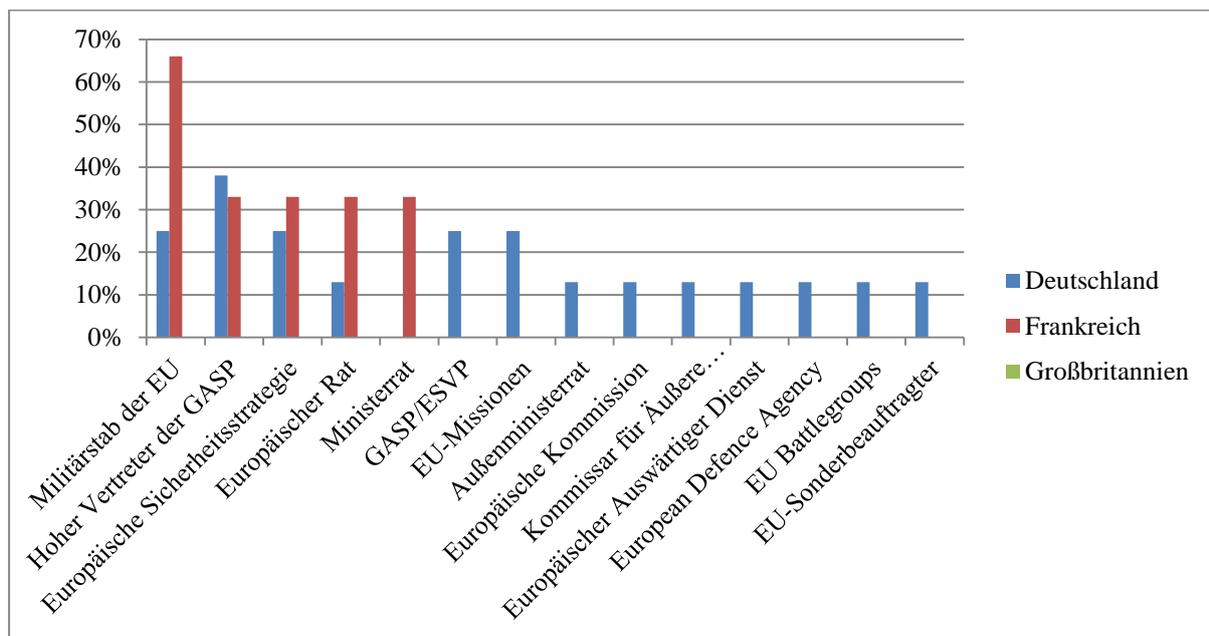


Abbildung 2: Die Sichtbarkeit der europäischen Institutionen, Vertreter und Politiken in Sample I (Anteil der Artikel, die auf diese verweisen).

Als Zweites gilt es nun zu untersuchen, inwiefern auch über landesinterne Debatten anderer Mitgliedstaaten der Europäischen Union bzw. deren offizielle Position berichtet wurde. Keiner der zwölf Artikel greift auf Komplett- oder Teilübersetzungen ausländischer Medienberichte zurück, es finden sich auch keine Bezugnahmen auf solche externen Artikel. Auch ausländische Wissenschaftler, Experten oder Politiker wurden kaum zu Wort gebeten. In zwei von den zwölf analysierten Artikeln werden explizit die Positionen zweier anderer europäischer Länder (Italien und Großbritannien) im Entstehungsprozess der Europäischen Sicherheitsstrategie aufgezeigt. Obschon die einzelnen Positionen folglich spärlich dargestellt und nicht miteinander verglichen bzw. gegeneinander abgegrenzt werden, weist die Hälfte der Artikel eine Zusammenfassung ausländischer Positionen in übergreifende Parteien bzw. Lager auf. Nach übereinstimmender Darstellung haben demnach Deutschland und Frankreich das Strategiepapier angeregt, sich jedoch zunächst Großbritanniens Zustimmung versichert. Im Gegensatz zu dem kontinentaleuropäischen „Motor Europas“ war Großbritannien (wie auch die USA) zunächst skeptisch, willigte dann jedoch ein. Italien, Irland, Österreich, Schweden

und Finnland standen, so die Berichterstattung, ihrer traditionellen Neutralität wegen dem Strategiepapier besorgt gegenüber.

Der innerdeutsche Vergleich zum Sample I macht lediglich deutlich, dass die Berichtsfrequenz in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung insignifikant höher war.

Insgesamt erfolgt die Berichterstattung in Deutschland und Frankreich also unter Erwähnung ausländischer Positionen. Die Untersuchung des ersten Samples von Dezember 2003 ergibt zunächst ein mehrheitlich zufriedenstellendes Niveau der Berichterstattung zur Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik sowie zur Europäischen Sicherheitsstrategie, insofern die Genauigkeit und Spezifität der Meldungen betroffen sind. Außerdem zeigt die Europäische Union eine umfassende Präsenz. Nur Großbritannien bildet bei beiden genannten Faktoren eine Ausnahme: Der einzige englischsprachige Artikel behandelt die ESVP zwar als Hauptthema, erfüllt jedoch keine der dem Kontingenzmerkmal b zugeordneten Kategorien.

Europäisch im Sinne von Habermas' Forderung nach der Abbildung landesinterner Debatten ist die Berichterstattung allerdings nicht, denn auch insgesamt wurde das zweite Kontingenzmerkmal überwiegend nicht erfüllt: Die isolierte Darstellung der Positionen anderer europäischer Länder fiel sehr gering aus. Dabei muss zum einen berücksichtigt werden, dass die Europäische Sicherheitsstrategie letztlich konsensual verabschiedet wurde; obschon im Laufe ihres Zustandekommens durchaus ein Dissens innerhalb der EU sichtbar war, sind ab dem Zeitpunkt der Verabschiedung der Strategie Berichte über einzelne länderspezifische Positionen kaum zu erwarten. Noch dazu waren die Vorschläge zur Implementierung einer europäischen Sicherheitsstrategie von Javier Solana, dem damaligen Hohen Vertreter der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP), bereits im Juni 2003 vom Europäischen Rat in Thessaloniki begrüßt worden.⁶⁵ Zum anderen ist die Interferenz mit anderen europäischen und Weltnachrichten zu bedenken. Auf dem EU-Gipfel vom 12. und 13. Dezember 2003, auf dem u.a. die Europäische Sicherheitsstrategie angenommen wurde, zeichnete sich bereits eine kontroverse Debatte über die Details der europäischen Verfassung ab, worüber in der Presse damals intensiv berichtet wurde.⁶⁶ Am 13. Dezember 2003 wurde zudem Saddam Hussein von US-amerikanischen Soldaten festgenommen, ein Ereignis, das über einen längeren Zeitraum die Aufmerksamkeit von weiten Teilen der gesamten internationalen (Qualitäts-)Presse beanspruchte.

⁶⁵ Vgl. Council of the European Union, 2003a, 17.

⁶⁶ So füllte die französische Tageszeitung *Le Monde* am 13.12.2003 beispielsweise drei Seiten mit Artikeln zu den Ergebnissen des EU-Gipfels, davon behandelte jedoch nur eine Viertelseite die europäische Verteidigungspolitik.

Bei einem Vergleich zwischen den einzelnen Medien fällt auf, dass The Times deutlich weniger über die ESVP berichtete und keine gegenseitige Beobachtung festzustellen war, während die untersuchten deutschen Zeitungen und Le Monde etwa ein ähnliches Frequenzniveau sowie eine vergleichbare Berichtsqualität aufweisen.

Fallstudie II: Die mediale Berichterstattung zur Libyen-Krise 2011

Im Sample II wurden 59 Zeitungsartikel aus dem Zeitraum vom 2. März bis 4. April 2011 ausgewertet (14 aus Le Monde, acht aus The Times, 15 aus der Frankfurter Allgemeinen Zeitung und 22 aus der Süddeutschen Zeitung).

Die Frequenz der Berichterstattung fällt auch im Sample II, welches die Zeitungsausgaben von 34 konsekutiven Tagen umfasst, je nach Land unterschiedlich aus. Die ausgewählten deutschen Zeitungen berichteten in durchschnittlich 18,5 Artikeln über das europäische Handeln in der Libyen-Frage, Le Monde publizierte 15 Artikel. Auch bei diesem Sample siedeln sich die deutsche und die französische Berichterstattung also bei einer ähnlichen Frequenz von etwa drei bis vier Artikeln pro Woche an. Die britische Times brachte im gleichen Zeitraum acht Artikel zum Verhalten der Europäischen Union gegenüber Libyen, also nur einen bis zwei Artikel pro Woche. An dieser Stelle wird erneut eine im Vergleich niedrigere Berichtsfrequenz in Großbritannien deutlich.

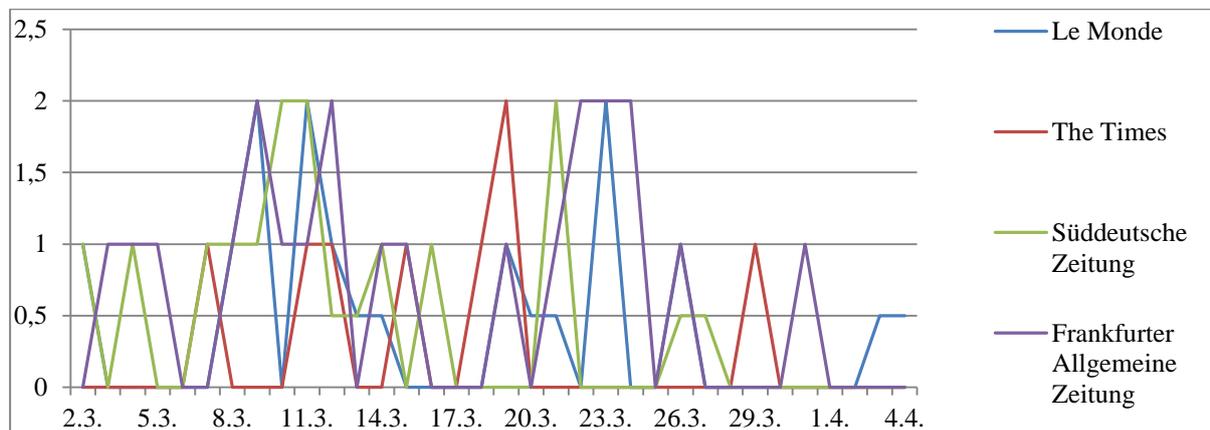


Abbildung 3: Verteilung der untersuchten Artikel im Sample II auf die 34 konsekutiven Berichtstage.

Anhand des Samples II lässt sich außerdem die Entwicklung der Berichterstattung über einen Monat hinweg untersuchen. Wie Abbildung 3 zeigt, sind zeitungübergreifend zwei quantitative Maxima der Berichterstattung entlang der europäischen Sondergipfel zu beobachten. Der erste maximale Ausschlag liegt in der Zeitspanne vom 9. bis 13. März, also um den europäischen Sondergipfel zu Libyen am 10. März und die dort beschlossene Ausweitung der Sankti-

onen.⁶⁷ Das zweite Maximum ist zwischen dem 19. und 24. März zu konstatieren. Am 19. März 2011 fand eine Libyen-Konferenz in Paris und London statt, zu der verschiedene europäische Staats- und Regierungschefs, aber auch die Generalsekretäre der Vereinten Nationen und der Arabischen Liga eingeladen waren. Am 21. März begrüßte der Europäische Rat die UN-Resolution 1973 und kam überein, zu ihrer Umsetzung beitragen zu wollen.⁶⁸ Zwei Tage später beschloss der Europäische Rat in Einklang mit der UN-Resolution weitere Sanktionen gegen den libyschen Staat.⁶⁹ Anschließend sank die mediale Aufmerksamkeit für die Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union.

Im Vergleich zu 75% im Sample I hatten nur 44% der Artikel im Sample II die europäische Diskussion um Libyen zum Hauptthema. Was die Präsenz europäischer Institutionen und Politiken betrifft, zeigt sich ein geteiltes Bild. Gut 74% der Artikel erwähnen generell eine oder mehrere Institutionen oder Politikbereiche der Europäischen Union (vgl. Abbildung 4). Vor allem der Europäische Rat genießt eine hohe Sichtbarkeit, aber auch Catherine Ashton, die Hohe Vertreterin der Europäischen Union für Außen- und Sicherheitspolitik, wurde entgegen landläufiger Kritik häufig erwähnt.

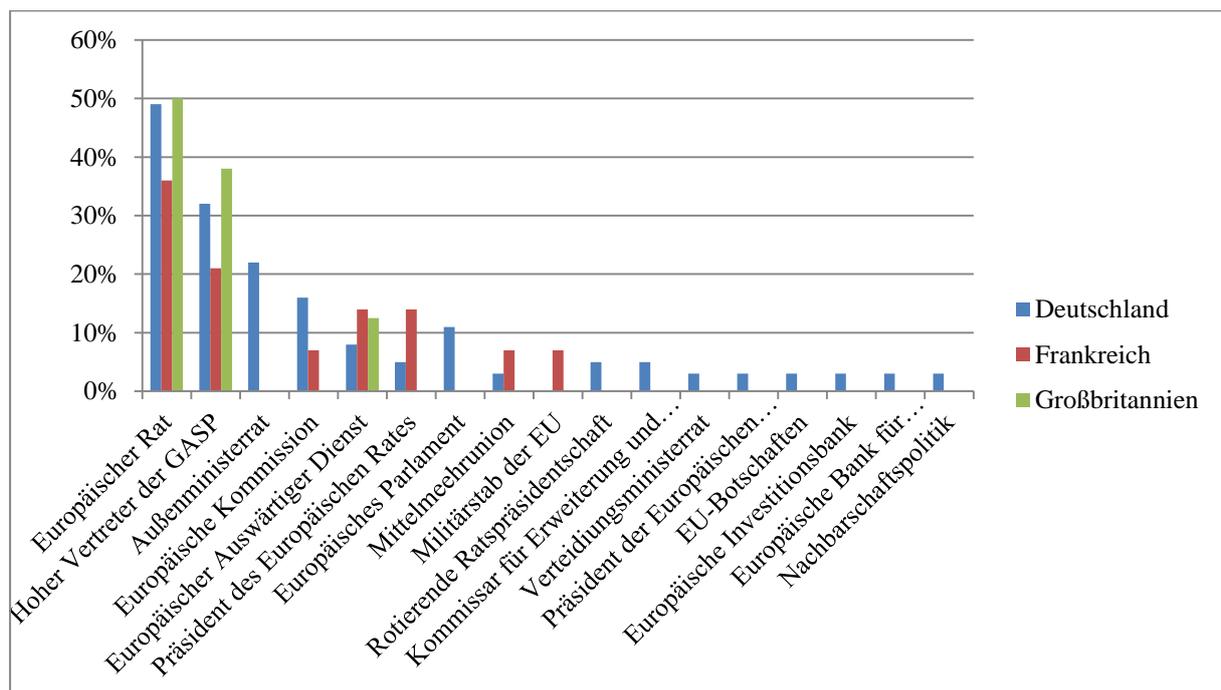


Abbildung 4: Die Sichtbarkeit der europäischen Institutionen, Vertreter und Politiken im Sample II (Anteil der Artikel, die auf diese verweisen).

Bei einem Vergleich zwischen der Berichterstattung der Süddeutschen Zeitung und der Frankfurter Allgemeinen Zeitung wird deutlich, dass Artikel aus letzterer deutlich mehr Verweise auf Institutionen und Politiken der Europäischen Union beinhalten, diese hier somit

⁶⁷ Vgl. Council of the European Union, 2011b, 1.

⁶⁸ Vgl. High Representative Catherine Ashton, 2011.

⁶⁹ Vgl. Council of the European Union, 2011c, 1.

sichtbarer ist. Analog ist die Varianz der erwähnten Institutionen deutlich größer.

Bei der Betrachtung des Kontingenzmerkmals a wird insgesamt deutlich, dass der europäischen Sicherheits- und Außenpolitik im Sample II insgesamt ein niedrigerer Stellenwert zugeschrieben wird als in Sample I.

Was das Kontingenzmerkmal b betrifft, findet in gut 8% der untersuchten Texte ein Rückgriff auf Komplett- oder Teilübersetzungen bzw. Verweise auf ausländische Medienberichte statt. Bei der Betrachtung der jeweils zitierten Texte deutet sich an, dass die Qualitätspresse in ihrer Recherchearbeit tendenziell auf ausländische Medien eines ähnlichen Niveaus zurückgreift.

Die gegenseitige Beobachtung betreffend zeigt sich ein gemischtes Bild. Der Rückgriff auf ausländische Experten gestaltet sich sehr unterschiedlich und nur sehr wenige Artikel bieten einen internationalen Positionsvergleich, der über die bloße Auflistung der Meinungen hinausgeht. Demgegenüber teilen knapp die Hälfte der untersuchten Texte die verschiedenen Stellungnahmen in länderübergreifende Lager ein. Dass dieses Kriterium im Sample b deutlich besser erfüllt ist als in Sample a, liegt sicherlich auch an der brisanteren Thematik.

Wie in Abbildung 5 erkennbar, greift die Frankfurter Allgemeine Zeitung überdurchschnittlich oft auf Stellungnahmen ausländischer Experten und Politiker (direkte oder indirekte Zitate) zurück. Im Gegensatz zum bisher erlangten Bild einer eher europafernen britischen Times liegt diese was das Zitieren ausländischer Experten betrifft im Durchschnitt vor Le Monde und weit vor der in diesem Punkt unterdurchschnittlichen Süddeutschen Zeitung.

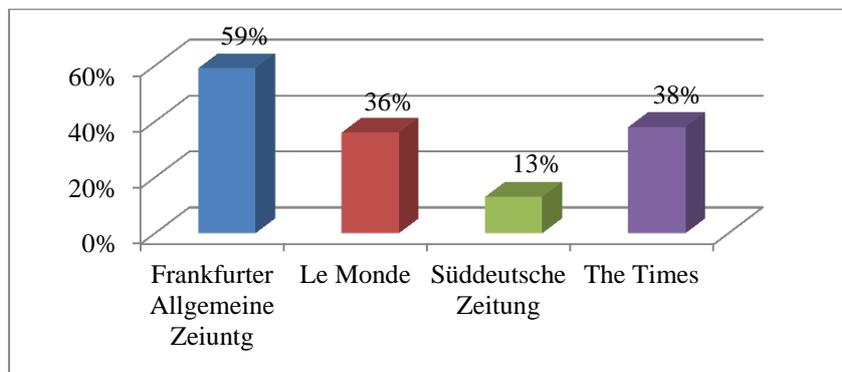


Abbildung 5: Anzahl der Artikel im Sample II, die auf ausländische Experten und Politiker zurückgreifen.

Die umschreibende Wiedergabe der Positionen anderer Länder fällt hingegen eher dürftig aus. Die mit Abstand meisten Darstellungen fand die zwar für einen Libyen-Einsatz plädierende, einem europäischen Ölembargo jedoch zunächst ablehnend gegenüberstehende italienische Haltung.

Insgesamt sechs Artikel aus Le Monde und der Frankfurter Allgemeinen Zeitung genügen schließlich dem in dieser Arbeit als europäische Öffentlichkeit definierten Standard der vernetzten Berichterstattung, also der Anforderung, nicht nur über europäische Themen zu be-

richten, sondern auch landesinterne Diskussionen aus anderen Mitgliedstaaten zu diesen Themen wiederzugeben; das entspricht etwa 10% des Samples II. In den vier Le Monde entstammenden Artikeln, davon drei zu Deutschland und einer zu Italien, wird die Bevölkerungsmeinung mithilfe von Umfragen (für Deutschland) oder den Auswirkungen der Migrationsbewegungen durch Schilderungen der Lebenssituation einzelner Bevölkerungsteile (für Italien) abzubilden versucht. Die beiden in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung erschienenen Artikel zu Belgien und Frankreich verzichten auf solche Darstellungen und geben lediglich die Elitendiskussion wieder.

Nur zwei Artikel weisen nicht nur eine bloße Aufzählung, sondern zudem einen Vergleich der verschiedenen Positionen auf. Im ersten Fall wird die Haltung Deutschlands zur Libyen-Intervention mit der Belgiens in einem direkten Vergleich beschrieben. Im zweiten Text werden die unterschiedlichen am Libyen-Einsatz teilnehmenden Parteien verglichen. Dabei ist z.B. von „drängenden Franzosen“, „widerstrebenden Amerikanern“ oder „sich traditionell als Transatlantiker verstehen[den]“ Dänen und Norwegern die Rede.⁷⁰ Insgesamt fällt auch das Analyseergebnis dieses Indikators dürftig aus.

Mit 47% nimmt hingegen fast die Hälfte aller Artikel, unabhängig von der jeweiligen Zeitung, eine Zusammenfassung der unterschiedlichen Länderpositionen in ‚Lager‘ vor. Dabei steht vor allem das frühe französisch-britische Engagement für einen europäischen Libyen-Einsatz, aber auch das Widerstreben Deutschlands und anderer europäischer Länder wie z.B. Polens oder Bulgariens im Vordergrund.

Bemerkenswert ist, dass keines der vier untersuchten Qualitätsblätter über den Beschluss des Europäischen Rates vom 1. April 2011, eine EUFOR Libya zur humanitären Hilfe einzurichten, berichtet. Dieser Militäreinsatz sollte, sobald ihn das UN Office for the Coordination of Humanitarian Affairs (OCHA) anfordert, im Rahmen der ESVP sowohl Flüchtlinge schützen als auch humanitäre Hilfsorganisation in ihrer Arbeit unterstützen.⁷¹ Bis zum 4. April, dem letzten untersuchten Erscheinungsdatum, wurde kein Artikel zu diesem Thema veröffentlicht. Dieser Befund legt unter Berücksichtigung der bisherigen Ergebnisse nahe, dass das mediale Aufmerksamkeitsniveau für die ESVP mit Blick auf Libyen Anfang April bereits sehr gering war. Auch hier sind mögliche Interferenzen mit anderen ‚großen‘ Nachrichten wie dem Rücktritt des deutschen Verteidigungsministers Karl-Theodor zu Guttenberg sowie vor allem dem Tsunami und der anschließenden nuklearen Havarie in Japan als relativierende Faktoren in Betracht zu ziehen.

⁷⁰ Busse, 2011.

⁷¹ Vgl. Council of the European Union, 2011d, 1.

Quo vadis, europäische Öffentlichkeit? – Ein Vergleich der Samples I und II

Insgesamt gestaltet sich das Transnationalisierungsniveau in den zwei Fallstudien unterschiedlich. In der Berichterstattung zur Europäischen Sicherheitsstrategie als auf die Europäische Union zentriertes Thema ist das Niveau der allgemeinen Thematisierung der ESVP in den Medien zufriedenstellend ausgeprägt, die Komponente der gegenseitigen Beobachtung fehlt jedoch nahezu gänzlich. Dies ist bei einem konsensual verabschiedeten Strategiepapier womöglich auch von geringerem Interesse. Keiner der zwölf analysierten Artikel erfüllt nach den in der empirischen Untersuchung angesetzten Kategorien Habermas' Erwartungen an die europäische Qualitätspresse.

In der zweiten Fallstudie zur Libyen-Krise hingegen fällt die Sichtbarkeit der EU und auch die allgemeine Thematisierung der ESVP geringer aus. Auf den ersten Blick scheint der Europäischen Union in der Presseberichterstattung zu Libyen ein geringerer Stellenwert zugewiesen zu werden als im Sample I. Vor dem Hintergrund, dass bei der Verabschiedung der Europäischen Sicherheitsstrategie bis auf die USA kaum ein anderer nennenswerter Protagonist präsent war, ist dieses Ergebnis im Fall der Libyen-Krise mit diversen anderen Akteuren jedoch zu relativieren. Das zweite Kontingenzmerkmal ist deutlich besser ausgeprägt als im Sample I: Etwa 10% der Artikel zum Handeln der Europäischen Union in der Libyen-Krise erfüllen die eingangs entwickelte Definition einer transnationalen Presse. Dabei ist jedoch anzumerken, dass im Gegensatz zur Berichterstattung in *Le Monde* die Artikel in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung lediglich die Elitendiskurse wiedergeben, nicht aber die Bevölkerungsmeynung abzubilden versuchen. Fügt man dies als weiteres Kriterium hinzu, reduziert sich der Prozentsatz der die Definition einer europäischen Öffentlichkeit erfüllenden Artikel auf knapp 7%. Zudem würde allein die Berichterstattung von *Le Monde* in Sample II diesem Anspruch gerecht werden.

Daneben stellt die Hälfte der Artikel die Positionen anderer europäischer Staaten zumindest auf eine weniger umfassende Weise dar. Bürgerliche Verbände oder Organisationen kommen jedoch in keinem der beiden Samples zu Wort.

Neben deutlichen Unterschieden zwischen der nationalen Berichterstattung hat auch der innerdeutsche Vergleich einige Disparitäten zu Tage gefördert, was die anfängliche Annahme, eine Qualitätszeitung könne stellvertretend für ein Land betrachtet werden, in Frage stellt und die Notwendigkeit der Untersuchung mehrerer Qualitätszeitungen in zukünftigen vergleichbaren Forschungsdesigns untermauert.

Fazit und Ausblick

Die europäische Teilöffentlichkeit im Bereich Außen- und Sicherheitspolitik ist also wenn auch insgesamt noch schwach ausgeprägt, zumindest in manchen Ländern bzw. Qualitätsblättern im Ansatz vorhanden. Neben dem Transnationalisierungsgrad sollte jedoch auch die Qualität der transnationalen Berichterstattung berücksichtigt werden. So sollte eine sich der Idee einer europäischen Öffentlichkeit verschreibende Qualitätspresse idealiter nicht nur die jeweiligen Elitendiskurse, sondern auch die Meinung der ausländischen Bevölkerung reflektieren. Um eine Aussage darüber treffen zu können, inwiefern die europäische außenpolitische Teilöffentlichkeit trotz des relativ niedrigen ermittelten Anteils von etwa 10% transnationaler Berichterstattung angemessen entwickelt ist oder nicht, wäre es aufschlussreich, die Ergebnisse mit der Intensität landesinterner öffentlicher Debatten zu außenpolitischen Themen zu vergleichen. Ob ein lebhafter extra-elitärer Bevölkerungsdiskurs zu diesen jedoch auf nationaler Ebene vorausgesetzt werden kann, bleibt fraglich; vermutlich erreicht er zumindest nicht die Intensität der Debatten zu anderen Politikbereichen. Diesbezüglich bleibt insofern Raum für weiterführende Untersuchungen.

Literaturverzeichnis

Monographien

- Esser, Sebastian: Europas Suche nach einer gemeinsamen Öffentlichkeit. Eine Inhaltsanalyse der Debatte über eine EU-Verfassung in europäischen Tageszeitungen, Marburg 2005.
- Habermas, Jürgen: Ach, Europa. Kleine Politische Schriften XI, Frankfurt am Main 2008.
- Habermas, Jürgen: Faktizität und Geltung. Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaats, Frankfurt am Main zweite Auflage 1992.
- Habermas, Jürgen: Strukturwandel der Öffentlichkeit. Untersuchungen zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft, Frankfurt am Main, 1. Neuaufgabe 1990 (Erstaufgabe 1962).
- Kalina, Ondřej: Ein Kontinent – eine Nation? Prolegomena zur Bildung eines supranationalen Demos im Rahmen der EU, Wiesbaden 2009.
- Kromrey, Helmut: Empirische Sozialforschung. Modelle und Methoden der standardisierten Datenerhebung und Datenauswertung, Stuttgart 12. Auflage 2009.
- Pausch, Markus: Europas vergessene Öffentlichkeit. Probleme einer Demokratisierung der Europäischen Union, Frankfurt am Main 2008.
- Posluschny, Myra: Europäische Medienöffentlichkeit: Demokratisierung der Europäischen Union? Eine systemtheoretische Analyse in Anlehnung an Niklas Luhmann, Baden-Baden 2010.
- Tobler, Stefan: Transnationalisierung nationaler Öffentlichkeit. Konfliktinduzierte Kommunikationsverdichtungen und kollektive Identitätsbildung in Europa, Wiesbaden 2010.
- Trenz, Hans-Jörg: Zur Konstitution politischer Öffentlichkeit in der Europäischen Union. Zivilgesellschaftliche Subpolitik oder schaupolitische Inszenierung?, Baden-Baden 2002.
- Tresch, Anke: Öffentlichkeit und Sprachenvielfalt. Medienvermittelte Kommunikation zur Europapolitik in der Deutsch- und Westschweiz, Baden-Baden 2007.

Aufsätze aus Sammelbänden

- Brüggemann, Michael / Sifft, Stefanie / Kleinen-von Königslöw, Katharina / Peters, Bernhard / Wimmel, Andreas: Segmentierte Europäisierung. Trends und Muster der Transnationalisierung von Öffentlichkeiten in Europa, in: Peters, Bernhard (Hrsg.), Der Sinn von Öffentlichkeit, Frankfurt am Main 2007, S. 298-321.
- Eder, Klaus: Öffentlichkeit und Demokratie, in: Jachtenfuchs, Markus / Kohler-Koch, Beate (Hrsg.), Europäische Integration, Opladen 2. Auflage 2003, S. 85-120.
- Eder, Klaus / Kantner, Cathleen: Transnationale Resonanzstrukturen in Europa. Eine Kritik der Rede vom Öffentlichkeitsdefizit, in: Bach, Maurizio (Hrsg.), Die Europäisierung nationaler Gesellschaften, Sonderheft 40 im Rahmen der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Wiesbaden 2000, S. 306-331.

- Eriksen, Erik Oddvar: Conceptualising European public spheres. General, segmented and strong publics, in: Fossum, John Erik / Schlesinger, Philip: The European Union and the Public Sphere. A communicative space in the making?, London / New York 2007, S. 23-43.
- Gerhards, Jürgen: Europäisierung von Ökonomie und Politik und die Trägheit der Entstehung einer europäischen Öffentlichkeit, in: Bach, Maurizio (Hrsg.), Die Europäisierung nationaler Gesellschaften, Sonderheft 40 im Rahmen der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Wiesbaden 2000, S. 277-305.
- Kielmansegg, Peter: Integration und Demokratie, in: Jachtenfuchs, Markus / Kohler-Koch, Beate (Hrsg.), Europäische Integration, Opladen 2. Auflage 2003, S. 49-79.
- Peters, Bernhard: Nationale und transnationale Öffentlichkeiten – eine Problemskizze, in: Peters, Bernhard (Hrsg.), Der Sinn von Öffentlichkeit, Frankfurt am Main 1. Auflage 2007, S. 283-297.
- Scharpf, Fritz W.: Demokratieprobleme in der europäischen Mehrebenenpolitik, in: Merkel, Wolfgang / Busch, Andreas: Demokratie in Ost und West, Frankfurt am Main 1999, S. 672-694.
- Schlesinger, Philip: A fragile cosmopolitanism. On the unresolved ambiguities of the European public sphere, in: Fossum, John Erik / Schlesinger, Philip: The European Union and the public sphere. A communicative space in the making?, London / New York 2007, S. 65-83.
- Trenz, Hans-Jörg: ‘*Quo vadis Europe?*’ Quality newspapers struggling for European unity, in: Fossum, John Erik / Schlesinger, Philip: The European Union and the Public Sphere. A communicative space in the making?, London / New York 2007, S. 89-109.

Aufsätze aus Zeitschriften

- Grimm, Dieter: Does Europe need a Constitution?, in: European Law Journal, 1 (1995), Nr. 3, S. 282-302.
- Habermas, Jürgen: Remarks on Dieter Grimm’s ‘Does Europe Need a Constitution?’, in: European Law Journal, 1 (1995), Nr. 3, S. 303-307.
- Koopmans, Ruud/ Erbe, Jessica: Towards a European Public Sphere? Vertical and horizontal dimensions of Europeanized political communication, in: Innovation. The European Journal of Social Sciences, 17 (2004), Nr. 2, S. 97-118.
- Meyer, Christoph: Political Legitimacy and the Invisibility of Politics: Exploring the European Union’s Communication Deficit, in: Journal of Common Market Studies, 37 (1999), Nr. 4, S. 617-639.
- Sieg, Hans Martin: Die europäische und die amerikanische Sicherheitsstrategie. Vergleich und Kontext: Ausgangspunkte, Probleme und Ansätze, in: Trierer Arbeitspapiere zur Internationalen Politik, 2005, Nr. 10, verfügbar unter: www.deutsche-aussenpolitik.de/resources/tazip/tazip10.pdf [31.05. 2011].

Solana, Javier: Thoughts on the reception of the European Security Strategy, in: Oxford Journal on Good Governance, 1 (2004), Nr. 1, S. 17-19.

Steege, Marianne van de: Rethinking the Conditions for a Public Sphere in the European Union, in: European Journal of Social Theory, 5, (2002), Nr. 4, S. 499-519.

Trenz, Hans-Jörg: Media Coverage on European Governance: Exploring the European Public Sphere in National Quality Newspapers, in: European Journal of Communication, 19 (2004), Nr. 3, S. 291-319.

Artikel aus Tageszeitungen

Bourdieu, Pierre: Vive le Streit! Jürgen Habermas zum Geburtstag, in: Süddeutsche Zeitung vom 18. Juni 1999.

Busse, Nikolas: Europas neue Risse. Der Zank über Libyen lähmt in Brüssel die EU und die Nato. Deren Generalsekretär ärgert sich über die Bremser aus Berlin – und über die forschen Franzosen, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 23. März 2011.

Charter, David: EU's invisible woman offers spin doctor £8.6m to rescue public image, in: The Times vom 5. März 2011.

Habermas, Jürgen/Derrida, Jacques: Nach dem Krieg: Die Wiedergeburt Europas, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 31. Mai 2003.

Muschg, Adolf: Kerneuropa. Gedanken zu einer europäischen Identität, in: Neue Zürcher Zeitung vom 31. Mai 2003.

Stabenow, Michael: Kein Konflikt über den Krieg. Belgien stimmt einig wie selten für den Libyen-Einsatz, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 23. März 2011.

Vattimo, Gianni: L'unione affronta i nodi decisivi del suo sviluppo: cerca di dotarsi di una costituzione mentre si allarga a venticinque paesi, in: La Stampa vom 31. Mai 2003.

Strategiepapiere der EU und Mitteilungen des Europäischen Rates

Council of the European Union: A secure Europe in a better world. European Security Strategy, 12. Dezember 2003 (b).

Council of the European Union: Council decides on EU military operation in support of humanitarian assistance operations in Libya, 01. April 2011 (d).

Council of the European Union: Libya: EU extends restrictive measures to key financial entities, 11. März 2011 (b).

Council of the European Union: LIBYA: EU imposes additional sanctions following the adoption of UNSCR 1973, 23. März 2011 (c).

Council of the European Union: Libya: EU imposes arms embargo and targeted sanctions, 28. Februar 2011 (a).

Council of the European Union: Thessaloniki Council 19 and 20 June 2003 Presidency Conclusions, 19./20 Juni 2003 (a).

High Representative Catherine Ashton , Remarks by High Representative Catherine Ashton following the Foreign Affairs Council, 21. März 2011.

Analysematerial

Sample I vom 12. bis 18. Dezember 2003

Auf Concordia folgt Proxima. Überwachung, Beratung, Inspektion, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 16. Dezember 2003.

Bacia, Horst: Alles Militärische wird kleingeschrieben, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 15. Dezember 2003.

Bacia, Horst: Aus der Irak-Krise gelernt? Die gemeinsame europäische Außen- und Sicherheitspolitik, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 13. Dezember 2003.

Bacia, Horst: Die EU vor einer ungewissen Zukunft / Nach dem gescheiterten Verfassungskipfel in Brüssel, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 15. Dezember 2003.

Bacia, Horst: Die europäische Sicherheitsstrategie, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 13. Dezember 2003.

Bolesch, Cornelia / Wernicke, Christian: Aufschub bis 2004 soll EU-Verfassung retten. Ratspräsident Berlusconi bringt eine Vertagung ins Spiel / Fischer besteht auf Einführung der doppelten Mehrheit, in: Süddeutsche Zeitung vom 13./14. Dezember 2003.

Browne, Anthony: EU defence review heals rift with US, in: The Times vom 12. Dezember 2003.

Javier Solana: Ein Ring der Sicherheit für Europa, in: Süddeutsche Zeitung vom 12. Dezember 2003.

Wernicke, Christian: Bescheidene Aufrüstung. Europa schafft Keimzelle für ein eigenes militärisches Hauptquartier, in: Süddeutsche Zeitung vom 13./14. Dezember 2003.

Zecchini, Laurent: Défense: Londres dit « oui » à l'accord Paris-Berlin, in: Le Monde vom 12. Dezember 2003.

Zecchini, Laurent: LE copu d'envoi est donné à la mise en place d'un quartier général européen. Les Quinze ont entériné, vendredi, le projet de défense franco-germano-britannique, in: Le Monde vom 14./15. Dezember 2003.

Zecchini, Laurent: Paris, Londres et Berlin Scellent leur rapprochement sur la défense, in: Le Monde vom 13. Dezember 2003.

Sample II vom 2. März bis 4. April 2011

Alternative views, in: The Times vom 29. März 2011.

Arabische Liga für Flugverbotszone über Libyen: Musa. Das wäre keine militärische Intervention / Außenminister erkennen Übergangsrat als legitime Vertretung an, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 14. März 2011.

Avenarius, Tomas: Gaddafi verstärkt Angriffe. Für die Rebellen wird die Lage immer kritischer / Opposition streitet über weiteres Vorgehen gegen den Diktator, in: Süddeutsche Zeitung vom 10. März 2011.

- Bone, James / Tomlinson, Hugh / Charter, David: EU officials ready to spend €30 m on helping refugees, in: The Times vom 7. März 2011.
- Brössler, Daniel: Riss durch Europa. D sperrt sich gegen eine Flugverbotszone über Libyen und stellt sich damit gegen Frankreich und Großbritannien, in: Süddeutsche Zeitung vom 16. März 2011.
- Busse, Nikolas: Das eigentliche Ziel ist nicht vorgesehen. Von Regimewechsel steht nichts in der UN-Resolution, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 22. März 2011.
- Busse, Nikolas: Europäische Umbauarbeiten. Die EU will ihre Politik gegenüber den Ländern Nordafrikas überdenken, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 4. März 2011.
- Busse, Nikolas: Europas neue Risse. Der Zank über Libyen lähmt in Brüssel die EU und die Nato. Deren Generalsekretär ärgert sich über die Bremser aus Berlin – und über die forschenden Franzosen, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 23. März 2011.
- Busse, Nikolas: Versöhnung in Kriegszeiten. Der EU-Gipfel und der Einsatz gegen Libyen, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 26. März 2011.
- Byes, Roger / Whittell, Gilles: Hesitant Obama made up his mind thanks to European resolve, in: The Times vom 18. März 2011.
- Charter, David / Watson, Roland / Evans, Michael: Sarkozy calls for air strikes “to end Libyan massacre”, in: The Times vom 7. März 2011.
- EU fordert Gaddafi zum sofortigen Rücktritt auf. Sarkozy: Paris und London notfalls bereit zu Militärmission / Merkel: DA bin ich skeptisch, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 12. März 2011.
- EU will stärker auf Demokratie im Maghreb dringen. Konzept zur Stärkung der Mittelmeerpolitik / „Es muss künftig das Prinzip mehr für mehr gelten“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 9. März 2011.
- EU-Regierungen fordern Gaddafis sofortigen Rücktritt. Merkel: Ich sehe kein militärisches Eingreifen / AU gegen Flugverbotszone / Libyen lässt Niederländer frei, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 12. März 2011.
- Europa verschärft die Sanktionen gegen Libyen. Zusätzliche Konten werden eingefroren / Zahlungsverkehr soll unterbunden werden, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 10. März 2011.
- Gaddafi soll vor Welt-Strafgerichtshof. Auch Söhne des Diktators und weitere Getreue im Visier der Ermittler / Chefankläger: Dies ist eine neue Ära, in: Süddeutsche Zeitung vom 2. März 2011.
- Gaddafis Angriffe nähern sich Bengasi. Kampfflugzeuge bombardieren Adschdabija / EU gespalten im UN-Sicherheitsrat, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 15. März 2011.
- Gaddafis Truppen starten Offensive gegen die Rebellen. Kämpfe und Luftangriffe in Libyen / Sorge über Flüchtlingsdrama an den Grenzen / London will Luftbrücke einrichten, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 3. März 2011.

Gesandte Gaddafis fliegen nach Kairo und Lissabon. Libyens Staatschef will offenbar mit der Arabischen Liga und der Europäischen Union verhandeln, in: Süddeutsche Zeitung vom 10. März 2011.

Goghlan, Tom / Evans, Michael / Bremner, Charles u.a.: Nato sets to take control as the allies marshal their forces, in: The Times vom 19. März 2011.

Klüver, Reymer: USA frieren Gaddafis Vermögen ein. Präsident Obama lässt 30 Milliarden Dollar auf Konten des libyschen Machthabers und seiner Regierung sperren, in: Süddeutsche Zeitung vom 2. März 2011.

Koalition ringt um Kommando. Obama will faktische Nato-Führung / Misrata bombardiert, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 24. März 2011.

La France pousse ses alliés à procéder à des frappes aériennes en Libye, in: Le Monde vom 11. März 2011.

La pression extérieure s'accroît sur le régime de Mouammar Kadhafi. Le projet d'exclusion aérienne reçoit un soutien grandissant. Sur le terrain, les combats restent incertains, in: Le Monde vom 9. März 2011.

Lemaître, Frédéric / Van Renterghem, Marion: Le malaise allemand, in: Le Monde vom 3./4. April 2011.

Lemaître, Frédéric: Berlin, hostile à une intervention, s'abstient à l'ONU, in: Le Monde vom 19. März 2011.

Lemaître, Frédéric: La question libyenne divise la classe politique allemande, in: Le Monde vom 26. März 2011.

Lemaître, Frédéric: Le refus de Berlin de soutenir l'intervention est critiqué en Allemagne. Le président de la commission des affaires étrangères parle d'un « signal catastrophique, in: Le Monde vom 23. März 2011.

Leparmentier, Arnaud / Ricard, Philippe: Libye: l'Europe écarte pour l'instant l'option militaire. Le France et le Royaume-Uni doivent tenir compte des réticences de l'Allemagne et des autres pays européens, in: Le Monde vom 13./14. März 2011.

Libyen droht ein langer Bürgerkrieg. Beide Seiten behaupten, die Raffinerie-Stadt Ras Lanuf unter Kontrolle zu haben / Gaddafi beklagt sich über Westen, in: Süddeutsche Zeitung vom 7. März 2011.

Nato dehnt Luftraumüberwachung aus. Debatte über Einsatzszenarien in Libyen / EU hat kaum Erkenntnisse über Lage, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 9. März 2011.

Nato will Flugverbot durchsetzen. Noch kein Beschluss der Allianz / Schärfere EU-Sanktionen, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 19. März 2011.

Nougayrède, Nathalie / Ricard, Philippe: L'embarras des Occidentaux face à la guerre en Libye. Les initiatives unilatérales de Nicolas Sarkozy sont sévèrement critiquées par les partenaires européens de la France, in: Le Monde vom 12. März 2011.

Nougayrède, Nathalie: Paris affiche son soutien à la rébellion libyenne. La France est le premier pays à reconnaître le Conseil national comme autorité légitime. Un contact officiel a été établi, in: Le Monde vom 8. März 2011.

Putin beklagt „Kreuzzug“ gegen Libyen. Auch die Arabische Liga geht auf Distanz zum Militäreinsatz / Spekulationen über Tod eines Gaddafi-Sohnes, in: Süddeutsche Zeitung vom 22. März 2011.

Ricard, Philippe: L’option militaire divise les Européens, in: Le Monde vom 11. März 2011.

Ricard, Philippe: Les projets de l’UE pour aider le sud de la Méditerranée. La Commission européenne propose un « pacte pour la démocratie et la prospérité », in: Le Monde vom 9. März 2011.

Ridet, Philippe: Prudente, l’Italie ne veut pas d’une « guerre contre la Libye ». La situation se tend sur l’île de Lampedusa où ont abordé 15000 clandestins en trois mois, in: Le Monde vom 23. März 2011.

Sarkozy erkennt den Nationalrat in Bengasi an. D will dem nicht folgen / EU verschärft Sanktionen / Diplomaten: Frankreich will für gezielte Luftangriffe werden, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 11. März 2011.

Schmidt, Janek: Libysches Öl für Europa. Trotz schärferer Sanktionen importiert der Westen weiter, in: Süddeutsche Zeitung vom 11. März 2011.

Schwere Gefechte in Libyen. UN-Sondergesandter ernannt / Frattini: Wir stehen in Kontakt zu den Regimegegnern, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 8. März 2011.

Stabenow, Michael: Kein Konflikt über den Krieg. Belgien stimmt einig wie selten für den Libyen-Einsatz, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 23. März 2011.

Stroobants, Jean-Pierre: L’Union européenne en ordre dispersé. Les Etats sont divisés sur les frappes, l’UE limite son action à l’humanitaire et aux sanctions, in: Le Monde vom 20./21. März 2011.

Stroobants, Jean-Pierre: Les Vingt-Sept tardent à formuler une réponse commune. Paris et Londres veulent un sommet sur la Libye, Berlin s’interroge, in: Le Monde vom 2. März 2011.

Türkei stellt Nato-Beteiligung in Frage. Bündnis debattiert weiter / EU erwägt Militäraktion für humanitäre Hilfe, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 22. März 2011.

Watson, Roland / Charter, David: Cameron anger at EU caution on Libya, in: The Times vom 12. März 2011.

Watson, Roland / Evans, Michael: Time’s short for Western assistance, says Cameron, in: The Times vom 15. März 2011.

Watson, Roland / Whittell, Gilles: The storm gathers, in: The Times vom 19. März 2011.

Wiegel, Michaela: Im Gespräch: Laurent Wauquiez, französischer Europaminister „Die Libyen-Krise ist nicht das Ende europäischer Verteidigungspolitik“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 31. März 2011.

- Wiegel, Michaela: Sarkozy in Höchstform, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 24. März 2011.
- Wiegel, Michaela: Sarkozy trumpft auf, Merkel rechtfertigt sich. Die Kanzlerin wird in Frankreich offen kritisiert für die deutsche Enthaltung im Sicherheitsrat. Auf dem Pariser Sondergipfel stand sie auf verlorenem Posten, wünschte den Staaten aber Erfolg, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 21. März 2011.
- Winter, Martin: Belohnung für schnelle Reformen. EU-Außenbeauftragte Ashton will Nordafrika helfen / Brüssel verschärft Sanktionen gegen Libyen, in: Süddeutsche Zeitung vom 9. März 2011.
- Winter, Martin: Der Westen isoliert Gaddafi. Frankreich erkennt die Rebellen als Vertreter Libyens an / Nato überwacht den Luftraum / EU verschärft Sanktionen, in: Süddeutsche Zeitung vom 11. März 2011.
- Winter, Martin: Einsatzbefehl um Mitternacht. Die Nato beendet ihren Streit und übernimmt die Führung der Militäraktion in Libyen / Araber schicken offenbar Kampfflugzeuge, in: Süddeutsche Zeitung vom 26./27. März 2011.
- Winter, Martin: Europa rückt von Militäreinsatz in Libyen ab. Afrikanisch Union verweigert die nötige Unterstützung / Bei weiterer Eskalation will die EU aber neu entscheiden, in: Süddeutsche Zeitung vom 12./13. März 2011.
- Winter, Martin: Europäer verschärfen Sanktionen gegen Gaddafi-Regime. Außenminister beschließen Reiseverbote und Kontensperrungen für Vertraut des Machthabers / Streit über Rolle der Nato, in: Süddeutsche Zeitung vom 22. März 2011.
- Winter, Martin: Hilfsmissionen ins Nirgendwo. Europäische Union und Nato sind sich einig, dass man die Aufständischen gegen Gaddafi unterstützen muss – doch niemand weiß so recht, wie das geschehen soll, in: Süddeutsche Zeitung vom 8. März 2011.
- Winter, Martin: UN-Sicherheitsrat berät über Flugverbotszone. Arabische Liga unterstützt harte Maßnahmen gegen Libyens Machthaber / Gaddafis Truppen in der Offensive, in: Süddeutsche Zeitung vom 14. März 2011.
- Zusammenstöße bei Protesten in Tripolis. Kämpfe und Luftangriffe / EU fordert weitere Schiffe zum Flüchtlingstransport / Obama: Alle Optionen offen, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 5. März 2011.

Zu den Passauer Jean Monnet Papieren

Die Passauer Jean Monnet Papiere werden vom Jean-Monnet-Lehrstuhl für Europäische Politik der Universität Passau herausgegeben. Sie dienen der Veröffentlichung der verschiedenen, von der Europäischen Kommission geförderten Projektaktivitäten des Jean-Monnet-Lehrstuhls und stehen darüber hinaus auch besonders qualifizierten Studierenden zur Publikation ihrer Arbeiten offen. Interessierte Autoren können Manuskripte unter jeanmonnet.lehrstuhl@uni-passau.de einreichen.

Impressum

Universität Passau
Jean-Monnet-Lehrstuhl für Europäische Politik
Dr. Hans-Kapfinger-Str. 14, 94032 Passau
E-mail: jeanmonnet.lehrstuhl@uni-passau.de
Fon: +49 (0)851 509 2981
Fax: +49 (0)851 509 2977
www.uni-passau.de/goeler

ISSN: 2194-1580

Dieses Projekt wurde mit Unterstützung der Europäischen Kommission finanziert. Die Verantwortung für den Inhalt dieser Veröffentlichung trägt allein der Verfasser; die Kommission haftet nicht für die weitere Verwendung der darin enthaltenen Angaben.



Programm für
lebenslanges
Lernen